Einforderung unserer Rechte

Ein Thurgauer Bürger schildert seine Erfahrungen im Umgang mit Behörden und fordert die konsequente Einhaltung geltenden Rechts.

Was geschieht, wenn Bürger darauf bestehen, dass Gesetze auch von Behörden eingehalten werden?

In diesem „Zugesandt“-Beitrag schildert ein Familienvater und Unternehmer aus dem Kanton Thurgau seine persönlichen Erfahrungen mit Verwaltung, Betreibungen und staatlichen Stellen. Ausgangspunkt ist ein scheinbares Detail – die korrekte Namensschreibweise auf amtlichen Dokumenten –, das sich für ihn zu einer grundsätzlichen Frage von Rechtsstaatlichkeit, Würde und Dialog entwickelt hat.

Der Autor wendet sich mit seinem Schreiben direkt an die Grossratsmitglieder des Kantons Thurgau und fordert eine öffentliche, ehrliche Auseinandersetzung mit Praktiken, die aus seiner Sicht rechtswidrig sind und das Vertrauen der Bevölkerung untergraben.

17.01.2026 | Ita, Oliver Rüetschbergstrasse 5, 8363 Bichelsee

An alle Grossratsmitglieder des Kantons Thurgau

Einforderung unserer Rechte

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich danke Ihnen, dass Sie Sich die Zeit nehmen den Inhalt dieses Schreibens aufmerksam durchzulesen. Gestatten Sie mir, mich Ihnen kurz vorstellen zu dürfen.

Der Thurgau ist meine Heimat, auf diesem Boden wurde ich geboren und bin darauf gewachsen. Als Familienvater einer Tocher und Unternehmer bin ich Teil dieser Gesellschaft und daran interessiert, dass sich diese im Sinne der Menschen positiv entwickeln kann.

Ich bin mir sicher, dass viele meiner Mitmenschen Ihnen über mich, von einem aufgestellten und positiven Menschen berichten würden, der sein Leben stehts nach

den einfachen Grundsätzen von Ehre, Treue und Rechtschaffenheit gelebt hat und lebt.

Durch meine offene Art und angeborene Neugierde ist es mir stehts ein Anliegen mein Gegenüber verstehen zu wollen, zuzuhören und Sachverhalte sowie Informationen selbst auf deren Richtigkeit zu prüfen, zu analysieren und eigene Schlüsse daraus zu ziehen, um daran zu wachsen und sich weiterzuentwickeln.

Vor einigen Jahren wurde ich in einem Gespräch darauf aufmerksam gemacht, dass Behörden sich im Bezug auf die Namensschreibweise von Personen nicht an die eigenen Gesetze halten würden.

Ich dachte mir, wo kein Kläger, da kein Richter und ob ich nun mit Oliver Ita, Ita Oliver oder in anderer Kombination angeschrieben werde macht für mich keinen Unterschied. Wir haben andere Probleme… Die Geschehnisse, Erzählungen und Begegnungen der letzten Zeit reflektierend, ging mir nicht aus dem Kopf, dass Menschen in meinem Umfeld, welchen ich mit Hochachtung begegne, ein für mich nicht nachvollziehbares Drama um ein absolutes Detail in der Namensschreibweise vollführten.

Meinem Anliegen andere verstehen zu wollen folgend, begann ich mich für dieses Thema zu interessieren und erkannte nach einiger Zeit, dass ich nichts über dieses Detail mit immensem Tiefgang wusste.

An dieser Stelle will und kann ich aus Komplexitätsgründen nicht weiter in dieses vermeintliche Detail eintauchen.

Auf jeden Fall bin ich durch mein Selbststudium in dieser Sache zur beweisbaren Überzeugung gekommen, dass unser Gesetzbuch nicht umsonst Artikel kennt, welche Namensschreibweisen ganz eindeutig regelt. Dafür wird jedem Menschen eine Personen Identifikationsnummer (UID) zugewiesen, welche mit der Namensschreibweise des Zivilstandregisters und der AHV-Nummer in Korrelation steht. 100% eindeutig!

Siehe nachfolgende Gesetzesgrundlagen:

ZivilStGB Art. 24 Abs / StGB Art. 175 / AwG Art. 2 / StGB Art. 179 / Verordnung des EJPD Art. 4 und Art. 21 / EJPD WL VA/IK Punkt 3108 / EJPD 89-10-01 Punkt 2, 22 / EJPD Anhang 1: Definitionen / VAwG Art. 10

Nicht mit allen Details vertraut begann ich zu fordern, dass mein Name auf amtlichen Schreiben, analog allen amtlichen Ausweisen, per Gesetz bitte richtig geschrieben zu sein hat. Gesetze sollen von beiden Seiten eingehalten werden.

Auf meine Schreiben und Aufforderungen, sowie auf die Bitte zur Klärung wurde nicht reagiert. An verschiedenen Stellen versuchte ich durch persönlichen Kontakt zu den involvierten bediensteten Personen Sachverhalte unter Einhaltung der gesetzlichen Grundlagen zu klären. Wieder und wieder wurde mir gesagt das gehe systemtechnisch nicht und es sei zulässig oder es spiele keine Rolle etc.

Ich signalisierte in allen Angelegenheiten Zahlungswilligkeit, aber verlangte, dass mein Name zu schreiben ist, wie gesetzlich vorgegeben.

Absolutes Stillschweigen Seitens Behörden und eine Flut von Mahnungen, eingeschriebenen Briefen, gefolgt von Betreibungsandrohungen und Betreibungen waren die Folge und immer wieder dieselben dogmatisch, eingeübt wirkenden Begründungen, welche nichts mit geltendem Recht zu tun haben.

Diese Praxis wird flächendeckend über alle Behörden und ohne rechtliches Gehör eiskalt zum Schluss auch mit Polizeigewalt brutal durchgesetzt.

Menschen wurden ohne geltende Rechtsgrundlage oder rechtliches Gehör entehrt, in den Konkurs getrieben und enteignet!

Wie heisst der Artikel 7 in unserer Bundesverfassung?

«Die Würde des Menschen ist zu achten und zu schützen».

In der Tat ein heiliger Artikel, jedoch nur noch ein Schein seines Selbst..... **Meine Damen und Herren, das geht so nicht! Das muss aufhören!!**

Dieses Unrecht hat dazu geführt, dass meine Frau in Angelegenheiten, welche mich betreffen bedroht wird. Kein Dialog darüber, warum sich der Gesetzgeber nicht an seine eigenen Gesetze halten will!

Wir sind so weit, dass meiner Frau mit Geschäftskonkurs gedroht wird!

Wenn ich dieses Verhalten an dem Tag lege, würde mir zurecht Erpressung vorgeworfen.

Diese unlauteren Versuche mir meine Rechte zu nehmen, verfehlen ihre Wirkung nicht. Niemand bekommt gerne Mahnungen, Betreibungen oder wird sogar mit Konkurs bedroht und schon gar nicht meine aufrichtige und ehrliche Frau, die solche Dinge zuvor nur vom Hörensagen gekannt hatte, was übrigens auch für mich galt. Demzufolge ist unsere private familiäre Situation nachvollziehbar äusserst belastet.

Ich werde in dieser Sache jedoch niemals nachgeben und beharre auf mein Recht! Weil es von immenser Wichtigkeit ist, zu verstehen, warum das Recht absichtlich nicht eingehalten wird.

Zudem bin ich (wir) es leid, von vielen unwissenden, blinden Mitmenschen als Spinner, Schwurbler oder Verschwörungstheorethiker gebrandmarkt zu werden! Da der Staat Teile seiner Mittel unrechtmässig für Desinformationskampagnen an der Bevölkerung einzusetzen scheint, wirkt er aktiv mit, die Blinden blind zu halten und sorgt dafür das kritische Stimmen der Öffentlichkeit fernbleiben oder diffamiert werden.

Ein beachtlicher Teil des Souveräns toleriert das nicht mehr!

«Der Senf ist aus der Tube», niemand wird ihn wieder zurückdrücken können und die abgesonderte Masse ist so gross, dass Abwischversuche unübersehbare Spuren hinterlassen werden!

Ich wende mich an Sie, da Sie der letzte Anlaufpunkt sind und es Ihre Aufgabe und Verantwortung ist, die Anliegen der Bevölkerung ernst zu nehmen, das Gesetze auch von Behörden einzuhalten sind und wenn das nicht der Fall ist, die Gründe öffentlich, ehrlich und auf Augenhöhe zu diskutieren sind.

Ich bin kein Fantast und schon gar nicht naiv. Es ist mir bewusst, dass Strukturen, die über Jahrzehnte gewachsen sind, nicht über Nacht geändert werden können.

Aber wir (Sie miteingeschlossen) wurden nie nach Ihrer Stimmenabgabe gefragt als 2002 aus Behörden Firmen wurden….

Das allein würde in-sich kein Problem darstellen, wenn nicht die Marschrichtung der technokratischen Führung dieses Gebildes, aus dem Schatten operierend, sukzessive und ganz klar zu erkennen wäre.

Anstelle politischer Aufarbeitung der Geschehnisse der letzten Jahre

werden stattdessen neue menschenverachtende Gesundheitsgesetze durch die Hintertüre vorbereitet.

Wir haben, wenn es um die Wurst geht nichts zu sagen! Wachen Sie endlich aus der Illusion auf!

Ich verlange von Ihnen den Anstoss eines öffentlichen Diskurses über dieses Thema! Stillschweigen weil es unbequem ist, wird nicht funktionieren!

Korruption ist eine schlimme Sache, Chaos jedoch endet jenseits unserer Vorstellungskraft. Alle Dinge materialisieren sich in der Realität immer nur den logischen Prinzipien nachfolgend.

Wenn dem Souverän seitens des Staates die Rechte genommen werden und Familien zu Unrecht bedroht und enteignet werden, wird Chaos die Folge sein!

Geben Sie Chaos keine Chance und lassen Sie uns gemeinsam im Dialog den Sachverhalt klären.

Etwas verändern zu wollen, was für 99% gar nicht existiert oder sichtbar ist, ist nicht möglich und trotzdem entfaltet es im Grossen, Tropfen für Tropfen, jeden einzelnen Tag seine spaltende, toxische Wirkung auf unsere Gesellschaft und das Leben der Menschen!

Am 15. Dezember des Jahres 1726 verfügte Kaiser Friedrich Wilhelm I per Kabinettsorder den Spitzbubenerlass. Danach hatten alle Advocati, wollene schwarze Mäntel, welche unter die Knie gehen zu tragen, damit man die Spitzbuben schon von weitem erkannte!

Die letzte unterschriebene Verfassung des Thurgaus, damals Freistaat Thurgau, geht auf das Jahr 1837 zurück *(einsehbar im Staatsarchiv)*. Freistaat steht für das Landrecht, Kanton steht für kanonisches See und Handelsrecht! **Im Zuge des Sezessionskrieges von 1847 wurde das Schweizer Volk faktisch des Rechtsstatus vom beseelten menschlichen Lebewesen beraubt und zu besitzlosen Sachen degradiert!**

Ich denke, dass sich nur die wenigsten unter Ihnen über die Auswirkungen auf uns Alle bewusst sind.

Alle späteren Verfassungen sind nicht unterschrieben und bleiben somit reine Entwürfe ohne Rechtskraft. **Stoppen Sie diese Betrüger, bevor es das Volk tut!** Die ehrenwerten unter ihnen mögen mir meine Worte verzeihen. Den anderen wünsche ich Gottes Gnade angesichts dessen, was vor ihnen steht.

Lassen Sie uns die wahren Hintergründe gemeinsam ans Licht zerren!

> Lügen können Kriege in Bewegung setzen, Wahrheiten hingegen können ganze Armeen aufhalten. (Otto von Bismark)

Vereint stehen Wir, getrennt fallen Wir!

Für Rede und Antwort. 079 157 35 55, oliver.ita@proweld.ch

Hochachtungsvoll

Ita, Oliver

versendete Kopien:

Gemeinde Bichelsee-Balterwil, Gemeinde Zell, Grundbuchamt und Notariat Arbon, Grundbuchamt und Notariat Münchwilen, Grundbuchamt und Notariat Weinfelden, Grundbuchamt und Notariat Frauenfeld, Grundbuchamt Kreuzlingen, Grundbuchamt und Notariat Weinfelden Aussenstelle Bischofszell, Notariat Kreuzlingen, Betreibungsamt Bezirk Arbon, Betreibungsamt Bezirk Frauenfeld, Betreibungsamt Bezirk Kreuzlingen, Betreibungsamt Bezirk Münchwilen, Betreibungsamt Bezirk Weinfelden, Amt für Betreibungs- und Konkurswesen, Konkursamt des Kantons Thurgau, Polizeiposten Aadorf, Polizeiposten Altnau, Polizeiposten Amriswil, Polizeiposten Arbon, Polizeiposten Bischofszell, Polizeiposten Diessenhofen, Polizeiposten Ermatingen, Polizeiposten Frauenfeld, Polizeiposten Kreuzlingen, Polizeiposten Müllheim, Polizeiposten Münchwilen, Polizeiposten Rickenbach, Polizeiposten Romanshorn, Polizeiposten Steckborn, Polizeiposten Sulgen, Polizeiposten Weinfelden, Bezirksgericht Arbon, Bezirksgericht Frauenfeld, Bezirksgericht Kreuzlingen, Bezirksgericht Münchwilen, Bezirksgericht Weinfelden, Obergericht d. Kantons Thurgau, Generalstaatsanwaltschaft Thurgau,

Staatsanwaltschaft Bischofszell, Staatsanwaltshaft Frauenfeld, Staatsanwaltschaft Kreuzlingen, CH Regionalmedien AG, Thurgauer Zeitung, Wiler Zeitung, St. Galler Tagblatt, Frauenfelder Nachrichten, TX Group AG, Regionalredaktion Ostschweiz, TOP-Medien, Tele D, Linth Zeitung, Bodensee Nachrichten, Appenzeller Zeitung, Liechtensteiner Vaterland